

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsredaktion: Schill-Strasse 10, Dresden
Verlag der Arbeiter, Angehörigen
und Beamten K. u. S., Dresden
Gebrüder Kretsch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Verleger bei der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Frangobonus mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“ ausserdem „Volk und Welt“ Nr. 100-109 2,50 M., überausbillig 1,10 M., Einschulnummer 10 M., Telefonamt: Adressat: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftlicher Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 12707. Geschäftszeit von 10 bis 6 Uhr nachmittags.

Einzelheftpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Monatsheft-zeile 25 Pf., die 10 mm breite Halbzeile 20 Pf., für aussergewöhnliche Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienangehörigen, Stellen- und Verleihe 40 Pf. Rabatt für Briefmarkenlieferung 10 Pf.

Nr. 166

Dresden, Mittwoch den 18. Juli 1928

39. Jahrg.

Ein faschistisches Zwischenspiel

Hochpolitisches von der Presse

Erste Ergebnisse

Von Hermann Fleißner, Dr. d. R.

Der Reichstag ist bis zum Herbst, wie üblich, in die Sommerferien gegangen. Die neue Regierung hat eine Schonzeit von mehreren Monaten. Trifft das Parlament wieder zusammen, dann kommen die kritischen Punkte, die eine Feuerprobe für diese Regierung bedeuten. Bis dahin bleiben die wichtigsten Fragen offen. Man hat Zeit, sich auf Entscheidungen vorzubereiten. Schon diese Vorbereitungen werden zeigen, ob mit einer Regierung „auf Dauer“ gerechnet werden kann. Vorderhand sieht es in dieser Hinsicht nicht gerade sehr günstig aus.

Bei Schluß des Reichstags war die Regierung genau acht Tage im Amt, wenn man ihr Leben von dem Zeitpunkt an rechnet, da ihre „Erklärung“ die Billigung der Mehrheit des Parlaments fand. Es wäre zuviel verlangt, hätte man für diese kurze Zeit entscheidende Aktionen fordern und erwarten wollen. Was jedoch während der reichlichen Woche geschah oder nicht geschah, war immerhin symptomatisch. Drei Fragen wollte man noch vor Torichluß erledigen: den Verfassungsfeiertag, die Amnestie und die Neuregelung der Lohnsteuer. Am verhältnismäßig besten ist die Amnestie gelungen, obwohl auch da auf keiner Seite volle Zufriedenheit erreicht werden konnte. Es mußten den Rechtsparlamentarier gemacht werden, sollte die Amnestie überhaupt zustande kommen. Die Deutschnationalen und die Balthischen waren an der Sache reichlich interessiert. Die Linke aber war bestrebt, die für proletarische Interessen Beurteilten freizubekommen. So war auch in diesem Falle ein Kompromiß nicht zu umgehen, auf das sich notgedrungenweise beinahe alle Parteien des Reichstags einigten, sollte die Sache nicht abermals scheitern, nachdem man sich schon im vorigen Reichstag vergeblich bemüht hatte. Das mußte unter allen Umständen vermieden werden! Das größte Verdienst darum, daß nunmehr ein politisches Ergebnis zu buchen ist, kann die sozialdemokratische Fraktion für sich in Anspruch nehmen.

Niel kritischer stand und steht es um den 11. August als Verfassungsfeiertag, wozu bemerkt sein mag, daß die Arbeiterschaft wohl nicht gerade auf diesen Feiertag brennt. Er ist aber nun einmal sozusagen eine Angelegenheit des Ansehens der Republik geworden. Und zum Prüffeld für die Parteien, die mehr Wort- als Ueberzeugungspolitiker sind, die aus der Not eine Tugend machen. Und da die Bemühungen seit ungefähr fünf Jahren im Gange sind, der Reichsrat nun die Initiative ergriffen hat, ist die Stellung der jetzigen Regierung ohne weiteres gegeben: auch für sie wird die Sache unter den obwaltenden Umständen zu einer entscheidenden. Die Republik selbst, die Festigung und ihr Bestehen hängen nicht von dem Feiertag ab. Es würde schlimm sein, wenn es anders läge. Um so bemerkenswerter ist, daß die Deutsche Volkspartei sich nach wie vor ablehnend verhält, und auch das Zentrum es damit nicht eilig hat. Ganz zu schweigen von der Bayerischen Volkspartei, die ja auch zur jetzigen Koalition gehört. Man konnte sich nicht einigen, die Gegenfrage befehen fast ungenügender weiter. Der kleine Gesetzentwurf konnte insofern nicht erledigt werden. Er liegt beim Rechtsausschuß, in der Hoffnung — auf den Herbst.

Lebhafte Erörterungen gab es im Anschluß und Vicium über die Neuregelung der Lohnsteuer. Dabei ist wenig, aber doch etwas herausgekommen. Eine kleine Abschlagszahlung auf die mit großem Nachdruck vertretene Forderung der Sozialdemokratie, auf die man uns von rechts und links höhnisch verwies. Bei den geringen Konzeptionen kann und darf es nicht bleiben! Das hat auch der sozialdemokratische Fraktionsredner scharf und eindringlich betont. Denn das Geringfügige des vorläufig Erreichten kann nicht bestritten werden. Wir sind nicht befriedigt, so erklärte unser Redner. Es handelte sich nur um eine ganz kleine, sehr bescheidene Erfüllung unserer Wünsche! Und wenn die Sozialdemokraten zu bestimmen gehabt hätten, so wurde weiter ausgeführt, dann würde das Gesehen anders aussehen. Mehr zu geben, scheiterte an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien, auch derer, die in der Regierung vertreten sind. Unternehmen doch Deutsche und Bayerische Volkspartei im Verein mit der Wirtschaftspartei noch im letzten Augenblick einen Vorstoß gegen das Wenige: sie beantragen, die ganze Angelegenheit zurückzustellen — bis zum Herbst (1). Daran mag man erkennen, daß innerhalb der Regierungsparteien noch verflucht wenig Disziplin und noch weniger Uebereinstimmung in der Sache vorhanden ist. Und es ist bemerkenswert, daß dieses kleine Lohnsteuergesetz nur gerechelt werden konnte, weil die Deutschnationalen nicht geschlossen dagegen stimmten. Es wurde in namentlicher Abstimmung mit der nicht gerade überaus blühenden Mehrheit von 22 Stimmen angenommen. — Nicht peinlich berührte es, daß ausgerechnet die preussische Regierung gegen den Abbau der Lohnsteuer Einwendungen erhob. In unser Partei gibt es Kreise, die bei jedem Quark Rücksicht genommen wissen wollen auf Preußen und auf die sozialdemokratischen Minister in dessen Regierung. Das Beispiel zeigt — es ist nicht das einzige —, wozu man damit käme.

Es ist andererseits durchaus richtig, daß soziale Gründe einer durchgreifenden Reform in diesem Augenblick im Wege stehen. Zum Beispiel ist nicht unbedenklich, mitten im Staats-

S. Köln, die Stadt der Presse, birgt gegenwärtig nicht weniger als drei italienische Presse-Ausstellungen. Vor einigen Tagen wurde mit großer demonstrativer Heftigkeit in Anwesenheit des italienischen Vorkämpfers die offizielle italienische Ausstellung im Staatshaus eröffnet. In guter äußerlicher Aufmachung wird Italien als italienisches Meßland gedreht und die faschistische Presse in der Storiolo Mussolini demonstriert. Es versteht sich, daß man hier nicht das geringste erfährt von der Vernichtung der Pressefreiheit, von der Zerstörung zahlreicher Redaktionen der sozialdemokratischen, liberalen und katholischen Blätter, nichts von den Ermordungen, Verfolgungen und Verbannungen, die der faschistische italienische Journalismus auf sich nehmen mußte.

Vor der offiziellen italienischen Ausstellung ihre Porten offen, waren jedoch die Antifaschisten auf dem Plane erschienen. Sie haben im Kölner Volkshaus eine Sonderausstellung organisiert, die mit erschütternden Einzelheiten die Rechtsseite italienischen Pressewesens zeigt. Eingehend wird hier auch die Presse der italienischen Emigranten zur Darstellung gebracht. Daneben aber befindet sich noch im Hause der Arbeiterpresse auf der Presse eine Sitrine, worin die Ermordung Matteottis auf Grund von Pressepapieren gewürdigt wird, ebenso einige Photographien über die Zerstörung des Quanti durch faschistische Soldaten.

Gerade diese kleine Ausstellung hat den besonderen Jörn des faschistischen Ausstellungskommissars in Köln hervorgerufen. Er trat im Namen seiner Regierung an die Leitung der Presse mit dem Ersuchen heran, die Konzentration A. S. als verantwortlichen Organisator der sozialdemokratischen Ausstellung des Hauses der Arbeiterpresse zur Entfernung dieser antifaschistischen Ausstellung aufzufordern. Selbstverständlich war die Leitung der Presse diesem Ersuchen zu Willen. Sie wandte sich an die Konzentration mit der Bitte, den Einspruch der italienischen Regierung zu würdigen. Im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand richtete daraufhin die Konzentration A. S. an die Ausstellungsleitung den folgenden Brief:

„Der Schreiben vom 16. Juni d. J. an das Haus der Arbeiterpresse ist uns von unserm Vertreter in Köln überreicht worden. Für die Ausstellung der sozialdemokratischen Parteipresse ist der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verantwortlich. Wir haben darum auch dem Parteivorstand Ihren Einspruch unterbreitet.

Die von uns ausgestellten Zeitungen und Photos sind auch in den sozialdemokratischen deutschen Zeitungen im Abdruck erschienen. Mit demselben Recht, mit dem die italienische Regierung fordert, daß wir diese Zeitungen aus unserm Sitzungen entfernen, können sie auch verlangen, daß wir die deutschen Zeitungen nicht zur Ausstellung bringen, die Artikel enthalten, die sich gegen die italienische Diktatur richten.

In unser Sitrine sind ausgestellt: die Nummer der „Lustige“ vom 27. Juni 1924. Die Nummer ist in Holland

legal erschienen. Die Beschriftung: Matteotti ermordet am 30. Juni 1924 kann bei der italienischen Regierung keinen Anstoß erregen, da Mussolini die offizielle Version verbreitete, daß „Bogelagerer“ den Mord verübt hätten. Die Nummern der „Liberia“ und des „Avanti“ sind beide am 30. Juni 1928 in Paris erschienen, unterzeichnet also nicht der italienischen Oberhoheit. Gegen die Photos der zerstörten Räume des Quanti kann Einspruch seitens der italienischen Regierung nicht erhoben werden, da ja diese Zerstörung von Mussolini öffentlich beurteilt worden ist.

Wir bringen diese Erklärung nicht deswegen, weil wir glauben, damit unser Recht auf Ausstellung der genannten Zeitungen und Photos begründen zu müssen. Wir müssen es im Gegenteil prinzipiell ablehnen, uns von der italienischen Regierung Beschränkungen über den Inhalt unserer Ausstellung machen zu lassen. Unsere Erklärungen sollten nur den Beweis liefern, daß auch rein sachlich die Forderungen der italienischen Regierung absolut unabweisbar sind.

Wir haben im Auftrage des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erklären, daß wir es ablehnen, in unser Ausstellung auf Wunsch der italienischen Regierung eine Änderung vorzunehmen.“

Diese klare und deutliche Antwort der sozialdemokratischen Korporation hat alle weiteren Vorstöße nach dieser Richtung unterbunden. Zugunsten der Ausstellungsleitung darf man annehmen, daß sie gegenüber der italienischen Aufforderung nur einen Akt formeller Höflichkeit unternahm. Im Ernst hat sie natürlich nicht das Recht, in unser Ausstellung im Hause der Arbeiterpresse irgendeine Zensur auszuüben. In jedem Falle bedeutet der Ausgang der Angelegenheit eine Niederlage der italienischen Regierung. Wider Willen hat sie die Erinnerung an Matteotti und an die Gewalttaten ihres Regimes aufs neue belebt und der kleinen antifaschistischen Ausstellung im Hause der Arbeiterpresse neben allen übrigen Dokumenten eine besondere Beachtung erzwungen.

Attentat in Mexiko

General Obregon ermordet

Nach einem Telegramm aus Mexiko City ist der neugewählte Präsident von Mexiko, Obregon, anlässlich eines Banketts, das ihm zu Ehren in einer Vorstadt Mexikos gegeben wurde, durch fünf Schüsse in den Rücken mörderisch ermordet worden. Der Attentäter wurde verhaftet, seine Identität wurde bisher nicht festgestellt.

General Alvaro Obregon war der kommende mexikanische Präsident. Er war am 1. Juli als Nachfolger Calles gewählt worden und sollte sein Amt am 1. Dezember antreten. Obregon gehörte zu den populärsten Männern des Landes.

Solange keine weiteren Einzelheiten über die Person und die Beweggründe des Täters vorliegen, bleibt man auf Vermutungen angewiesen. Die nächstliegende Annahme kann natürlich nur dahin gehen, daß der Mörder aus dem Kreise derer stammt, die gegen das Regime Calles-Obregon einen offenen Bürger- und Landkrieg entfesselt haben. Das sind jene jamaikanischen gläubigen Katholiken, Indianer oder Mischlinge, die im Interesse der geistigen und vor allem der materiellen Vorherrschaft der Kirche schon manche Gewalt- und Greuelthat begangen und schon manchen Butsch verübt haben. Alle diese Revolten, die im vergangenen Jahre besonders bedrohlich ausfielen, sind von den jetzigen Machthabern unbarmerzig niedergeschlagen worden. Die Führer wurden nach ihrer Gefangennahme ausnahmslos erschossen, darunter auch der General Alvarez, der als Gegenkandidat gegen Obregon für die Präsidentschaftswahl in Aussicht genommen war. Durch diese gewalttätige Beseitigung seines Gegners hatte Obregon seine Wahl zwar im voraus gesichert, aber auch moralisch entwertet.

General Obregon war im politischen Leben Mexikos älter und bekannter als sein Vorgänger Calles, dessen Nachfolger er wiederum jetzt werden sollte. Aber er stand nicht in so innigen Beziehungen zu der organisierten Arbeiterschaft wie dieser. Während unter Calles die Gewerkschaften einen maßgebenden Einfluß auch politischer Art ausübten, war zwischen Obregon und den Arbeiterführern eine Art Bruch eingetreten.

Wie sich nun die weitere Zukunft gestalten wird, ist schwer zu sagen, aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre muß man befürchten, daß eine neue Ära des blutigen Bürger- und Guerillakrieges einleiten wird.

Hinrichtungen

S. Mexiko City, 18. Juli. (Eig. Funkpruch.) Am Dienstag wurden in Mexiko City vier Personen hingerichtet, die wegen Diebstahls von Militärmunition und deren Weitergabe an Rebellen zum Tode verurteilt worden waren. Unter den Hingerichteten befand sich u. a. der Adjutant eines in Mexiko

MATTEOTTI

ERMORDET

AM 10. VI. 1928